

## **Beschluss des Landrats vom 28.02.2019**

Nr. 2534

### **8. Strategie für die Randregionen** 2017/15; Protokoll: mko

Kommissionspräsident **Urs Kaufmann** (SP) führt aus, dass das Postulat 2017/015 (Strategie für Randregionen) von Martin Rüegg vom Landrat im Mai 2017 überwiesen wurde. Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat eingeladen, eine Strategie für die Versorgung und Entwicklung der Randregionen im Kanton Basel-Landschaft zu entwickeln und dem Parlament Bericht zu erstatten. Der Postulant beobachtet eine Entwicklung, welche die stadtnahen Gebiete bevorzugt und die Randregionen tendenziell vernachlässigt. Als Beispiel für das Ausbluten der Randregionen nennt er die Schliessung der Polizeiposten, Poststellen, Gaststätten, immer weitere Wege für Schülerinnen und Schüler und Ortschaften, die nur noch unter der Woche mit dem ÖV erreichbar sind. Der Regierungsrat erachtet die Zusammenarbeit der Regionen als wichtig und ausbaufähig. Als kantonale Steuerungsinstrumente nennt er den kantonalen Richtplan, Standortfaktoren, Raumplanung, der öffentliche Verkehr, Fördermittel vom Bund, Finanzausgleich und die Gemeindezusammenarbeit. Eine wesentliche Rahmenbedingung stellt gemäss dem Regierungsrat auch die Digitalisierung dar, die das Verhalten der Bevölkerung beeinflusst. Verfügbarkeit von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist gerade auch für KMUs wichtig. Bei den gesamtschweizerischen Service Public-Leistungen liegt die Verantwortung beim Bund.

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass aufgrund der kleinräumigen Struktur des Kantons eine zusätzliche Strategie für die Randregionen nicht zweckmässig sei und beantragt deshalb Abschreibung des Postulats.

Eintreten in der Kommission war unbestritten. Eine Mehrheit war der Meinung, die Regionen müssen sich selber helfen. Jede Gemeinde hat unterschiedliche Bedürfnisse. Ein Kommissionsmitglied wies darauf hin, dass die Gemeinden im Leimental, in der Birsstadt, in den Frenkentalern bereits heute zusammenarbeiten, und regte an, dass dies auch in den anderen Regionen stärker stattfinden solle. Wichtig sei der Bottom-up-Ansatz und nicht das umgekehrte Vorgehen. Die Gemeinden würden sich gegen Projekte zur Wehr setzen, die ihnen vom Kanton aufgebrummt werden. Eine Minderheit der Kommission war mit der Antwort des Regierungsrats nicht zufrieden und war der Meinung, der Kanton könne mehr für Randregionen tun und mithelfen, dass diese über andere Voraussetzungen verfügen als die stadtnahen Gebiete. Die Randregionen seien von den Spar- und Abbaumassnahmen stärker betroffen gewesen als die stadtnahen Gebiete. Der Kanton sei beispielsweise für die Zusammenlegung der Schulstandorte verantwortlich. Es stellt sich die Frage, ob die eingesparten Kosten bei der Bildung nicht wieder zu Mehrkosten beim öffentlichen Verkehr führen. Vermisst wurden in den Antworten auch neue Ansätze, um Gemeinden unterstützen zu können. Einige Kommissionsmitglieder wiesen auf neue Entwicklungen hin, die akzeptiert werden müssen, weil sich das Verhalten der Menschen verändert. Sie gehen heute nicht mehr im Dorfladen, dafür immer mehr im Einkaufszentrum einkaufen. Jeder hat die Freiheit, selber zu entscheiden, ob er in einem ländlichen Gebiet mit weniger Angeboten Wohnsitz nehmen möchte. Eine Anspruchshaltung, dort dasselbe Angebot wie im stadtnahen Gebiet vorzufinden, sei fehl am Platz. Seitens der Kommission wurde auch die Frage aufgeworfen, ob man nicht mit Hilfe der Wirtschaftsförderung regionale Zentren attraktiver gestalten und Arbeitsplätze damit geschaffen werden könnten – weil dort auch noch die Bauzonenreserven vorhanden sind.

Die Kommission beantragt dem Landrat mit 10:3 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

**Susanne Strub** (SVP) spricht sich namens der SVP-Fraktion klar für ein Abschreiben aus. Es wurde geprüft und berichtet. Der Vorstoss ist ein Stück weit bereits überholt. Das ÖV-Angebot wurde, so gut es ging, angepasst. Das Überleben der Dorfläden liegt nicht im Ermessen des Landrats, sondern an den Frauen und Männern, die dort halt vermehrt einkaufen sollten. Die Post ist Sache des Bundes. Und nebenbei: Wer von den Landräten hat heute Andrea Kaufmann eine Geburtstagskarte per Post geschickt – und wer ein WhatsApp? Auch hier geht es um das Verhalten jedes Einzelnen. Die Umsetzung des Gemeinderegionengesetzes ist am Laufen, die Weichen wurden gestellt. Auch an der Situation der Gaststätten lässt sich über die Politik nichts ändern. Das ist nun einfach so. Auch die immer längeren Schulwege sind im Baselbiet eine Folge davon, wie und wo die Menschen in diesem Kanton wohnen. Auch das lässt sich auf diesem Weg nicht ändern.

**Martin Rüegg** (SP) sieht es etwas anders als Susanne Strub. Wer schon etwas länger im Rat ist und wie der Votant in den letzten fünfzehneinhalb Jahren drei Spar- und Abbauprogramme miterlebt hat, kann durchaus feststellen, dass vor allem die ländlichen Regionen häufig – und auch übermässig – betroffen waren. Stichwort wären ÖV, Schülerverschiebungen, Spital und Bezirksgericht Laufen sowie Polizeiposten. Der Haupttreiber der Entwicklung war sicher der zunehmende Ökonomisierungsgedanke in der Gesellschaft, der den Service Public-Gedanken in den Hintergrund verdrängt hat. Das ist schade. Es ist auch nicht gut, wenn die urbanen Massstäbe gedankenlos auf die Landregionen übertragen werden – dort mit deutlich grösseren Folgen und erheblichen Einschnitten.

Das Referendum zur S9 (Läufelfingerli) machte deutlich, dass sich die ländlichen Regionen durchaus wehren können und der bürgerlichen Abbaupolitik Grenzen aufzeigten. Der Votant ist sich bewusst, dass der Finanzausgleich vorhanden ist und auch den kleineren Gemeinden (gerade im Oberbaselbiet, aber auch im Laufental) wertvolle Unterstützung bringt. Es ist aber festzustellen, dass die Schere immer weiter auseinander geht und der Finanzausgleich die entstehende Lücke nicht mehr schliessen kann. Deshalb reichte er eben das Postulat ein. Der Regierungsrat bringt nun eine Liste von Massnahmen, die aber nicht in allen Fällen die vom Postulanten gewünschte Wirkung zeigen. Er redet auch von einer «zusätzlichen» Strategie. Wie diese funktionieren soll, da doch gar keine vorhanden ist, ist ihm schleierhaft. Die Digitalisierung wird in den Fokus gestellt. Dabei sind aber ebenso Zweifel angebracht wie bei der neuen Regionalpolitik, die vor allem die Industrie und den Tourismus ins Zentrum rückt. Wie das – vor allem bei der Industrie – funktionieren soll, ist nicht plausibel. Aus Sicht des Postulanten fehlt eine Strategie, die aufzeigt, wie die einzelnen Massnahmen, die die Regierung aufzählt, zusammenwirken. Bringt es tatsächlich das, was man sich verspricht?

Der Votant verschweigt nicht, dass es positive Ansätze gibt. Unter anderem soll das ÖV-Dekret angepasst und den ländlichen Regionen mehr Unterstützung gewährt werden. Denn der GLA wird nun (durchaus in seinem Sinn) angepasst. Weiter gäbe es Regionalkonferenzen, VAGS-Projekte, die seit Januar 2017 am Entstehen sind. Das ist gut. Diese Schritte gehen zwar in die richtige Richtung, sind aber nicht ausreichend, weshalb der Postulant an seiner Forderung festhalten möchte und den Landrat bittet, das Postulat nicht abzuschreiben. Er könnte sich vorstellen, dass man im Rahmen eines VAGS-Projekts zusammen sitzt und überlegt, wie man mittel- und langfristig einen besseren Ausgleich zwischen ländlichen und urbanen Regionen schafft.

Die Fraktion von **Thomas Eugster** (FDP) sieht das anders. Sie kann der Argumentation der Regierung folgen. Das Postulat ist relativ weit gefasst und vermischt Vieles. Es gibt einen Wandel in der Gesellschaft, wie man z.B. an den Poststellen sieht. Dieser Wandel lässt sich nicht verhindern, es gilt vielmehr, das Beste daraus zu machen. Zum Beispiel in dem Sinn, dass es weiterhin mög-

lich sein soll, Post abzugeben, nur anders und einfacher organisiert. Auch der Wandel Richtung Digitalisierung birgt viele Chancen für die bessere Einbindung von Randregionen. Beziehungsweise gibt es in der digitalen Welt gar keine Randregionen mehr – es sind sich alle gleich nahe. Zur Raumplanung hat die FDP eine klare Meinung: Es wurde mit der Regionenbildung der richtige Weg gewählt. Die Gemeinden müssen miteinander zusammenarbeiten und Verbündete suchen. Das findet dort, wo es Sinn macht, auch statt. Ein weiteres Konzept macht keinen Sinn. Es wurde auch beim ÖV in Auftrag gegeben, das Angebotsdekret anzupassen, damit die Randregionen entsprechend berücksichtigt werden. Das ist versprochen und wird mit dem 9. GLA auch kommen. Fazit: Dort, wo man noch schrauben muss, wird geschraubt. Ein weiteres Konzept in der Luft bringt der Sache nichts, weshalb die FDP der Abschreibung des Postulats zustimmen wird.

**Lotti Stokar** (Grüne) ist, wie auch die Grüne/EVP-Fraktion, nicht ganz glücklich mit dem Resultat. Allerdings muss man sagen, dass Prüfung und Bericht wirklich ausführlich erfolgt sind. Somit könnte man das Postulat auch abschreiben. Trotz allem fehlt ihr die Strategie. Ob das Postulat das richtige Mittel war, um diese zu erhalten, ist eine Frage. Vielleicht hätte es dazu eine Motion gebraucht. Zumindest möchte die Grüne/EVP-Fraktion zu gewissen Punkten noch mehr wissen. Zum Beispiel fragt sich, ob das VAGS-Projekt zum regionalen Richtplan in den Randregionen auch wirklich etwas bewirken wird – oder gilt es, immer noch z.B. auf Fusionen zu warten? Ihre Hoffnung ist nicht so gross, dass die VAGS-Projekte sich so einfach umsetzen lassen. Wenn weiter die Randregionen relativiert werden, indem man sagt, dass der Kanton ja kleinräumig sei, scheint ihr das nicht ganz richtig zu sein. Der Kanton besteht vor allem aus ländlichen auf der einen, und städtischen Regionen auf der anderen Seite. Diese Unterschiede führen eben dazu, dass in der Raumplanung vor allem auf die Verdichtung in der Agglomeration gesetzt wird. Dort stösst man bekanntlich an Grenzen, weil das, was eigentlich wünschenswert wäre, demokratisch fast nicht umsetzbar ist. Es stellt sich deshalb die Frage, ob nicht eine Strategie hilfreich wäre, in regionalen, vom ÖV gut erschlossenen Zentren zusätzliche Fördermassnahmen zu ergreifen. Sei dies über die Wirtschaftsförderung oder die zusätzlichen Fördermittel vom Bund. Es geht vor allem um Tourismus und Industrie, was die Votantin, ähnlich wie Martin Rüegg, eher kritisch sieht. Vielleicht gäbe es aber noch ein Zwischending, indem man – unterstützt durch die Digitalisierung – dafür sorgt, dass sich gewisse Wirtschaftszweige in den Zentren der Randregionen ansiedeln. Der ÖV ist fast überall schon vorhanden. Man müsste dafür sorgen, dass auch die Wege in die Zentren für den Langsamverkehr gut ausgebaut sind. Dies wäre eine Strategie, für deren Umsetzung es aber noch einiges zu tun gäbe. Dieser Aspekt fehlt hier etwas. Deshalb ist ihre Fraktion der Meinung, dass man den Vorstoss stehen lassen und allenfalls nachbessern sollte. Oder dass man mit Vorstössen zu diesem Thema nochmals auf den Plan tritt.

**Felix Keller** (CVP) ist im Einklang mit der CVP/BDP-Fraktion der Meinung, dass sich das Postulat abschreiben lasse. Es wurde geprüft und berichtet. Der Kanton hat bereits eine Strategie – nämlich den Kantonalen Richtplan (KRIP). Wieso soll man nun noch zusätzlich einen Papiertiger basteln? Das wäre nur ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm. Zudem müsste man auch darüber diskutieren, welches denn alles Randregionen sind. Das ist nicht nötig, denn es lässt sich auf der bereits vorhandenen Strategie aufbauen.

Der Votant hat sehr viel Hoffnung in das VAGS-Projekt Raumplanung. Dabei werden die Gemeinden aufgefordert, sich im Rahmen des VAGS-Projekts – wobei es auch um Verkehrs-, Landschafts- und Siedlungsplanung geht – zusammen zu raufen und sich eine eigene Strategie zu erarbeiten. Darin besteht auch die Chance für die ländlichen Regionen, den Ball aufzunehmen. Es macht ja wenig Sinn, wenn der Kanton von oben herab eine Strategie verordnet. Sie müsste vielmehr von unten herauf wachsen, damit die Akzeptanz erhöht ist. Diese von den Gemeinden erarbeitete Strategie liesse sich dann in den Kantonalen Richtplan einbinden. Dann geht es auf. Es gibt schon gute Beispiele, wo sich die Gemeinden zusammengerauft haben. Es gibt die Birs-

stadt, es gibt das Zukunftsbild Laufental-Thierstein, mit dem die Chancen und Risiken eines gemeinsamen Vorgehens erörtert werden. Dies sollten sich auch die ländlichen Gemeinden zu Herzen nehmen. Es gibt auch das Raumkonzept Leimental, ebenso haben sich die Frenkentaler zusammengerauft. Dies alles wird oder ist schon gemacht. Deshalb ist es der falsche Ansatz, wenn der Kanton eine separate Strategie ausarbeitet.

**Linard Candreia** (SP) erinnert daran, dass man in der letzten Zeit häufig lesen konnte, dass der Kanton nicht mehr unbedingt im Sparmodus sei, sondern damit beginne, etwas zu entwickeln. Bei diesem Thema hätte man nun die Gelegenheit, auch strategisch etwas in Zusammenhang mit den ländlichen Regionen zu tun. Diese haben nämlich touristisches Potential. Wenn es um das touristische Potential geht, ist schnell von einer Strategie die Rede. Die Mentalität des «mir wei luege» findet der Votant in dieser Frage etwas billig. Man könnte ja auch einmal schauen, was andere Kantone unternehmen. Ohne das abgeklärt zu haben, ist der Votant überzeugt, dass andere Kantone dies toll machen. Es muss ja nicht unbedingt ein VAGS-Projekt sein, sondern es könnte auch in Form eines Runden Tisches etwas aufgegriffen werden. Das Thema ist zu wichtig, um es zur Seite zu legen und den Ball an die Gemeinden zurückzuspielen. Der Kanton ist strategisch in der Verantwortung, weshalb der Votant das Postulat stehen lassen wird.

Für **Hansruedi Wirz** (SVP) kommt hier eine Bewahrer-Mentalität zum Vorschein. Das, was in der Vergangenheit war, war zu jener Zeit gut. Die Dinge entwickeln sich aber und verändern sich. Warum soll man die Poststellen erhalten, wenn sie nicht mehr gebraucht werden? In seiner Gemeinde ist die Post heute als Agentur in der Drogerie integriert. Das ist eine Win-Win-Situation, denn die Dienstleistung findet nun in der Drogerie statt, die dank dem erhöhten Kundenaufkommen ihren zuletzt etwas müden Geschäftsgang etwas ankurbeln kann. Zusammen können sie bestehen. Man hat sich also an die heute bestehenden Gegebenheiten angepasst.

Ein Wort zu den Randregionen: Wenn man gewisse Voten hört, beschleicht einen das Gefühl, man wohne selber irgendwo in einem Reservoir, wo nichts mehr geht und nur noch geschlafen wird. Im Knotenpunkt Bad Bubendorf bewegen sich jeden Tag 20'000 Autos in die Frenkentaler hinein und hinaus. Die fahren aber nicht den ganzen Tag hin & her, sondern die Leute gehen dort arbeiten. Mit anderen Worten: Es geht etwas in den Dörfern da hinten, ohne dass der Kanton das alles fördern muss. Man soll das doch einmal zur Kenntnis nehmen. Man muss anerkennen, dass sich die Situation ändert – und das war schon immer so. Vor 20 Jahren gab es in Reigoldswil noch 15 Dorfläden, für 1'500 Einwohner. Schuhgeschäfte, Modegeschäfte etc. Das hat damals funktioniert, was man sich im Zalando-Zeitalter kaum mehr vorstellen kann. Damals stimmte das. Aber irgendwann ist diese Zeit vorbei, weil sie sich verändert. Deshalb darf man das Postulat auch abschreiben.

**Thomas Eugster** (FDP) möchte auf die Äusserungen von Lotti Stokar und Felix Keller zurückkommen. Stichwort KRIP: Es gilt, auch als Landrätinnen und Landräte, etwas für die Randregionen zu tun. Das wurde bei der Überarbeitung des KRIP auch getan. Es wurde das hohe Wachstumsszenario angenommen, weil man wollte, dass die Randregionen die Möglichkeit haben können, zu wachsen. Es wurde bei der Überarbeitung des KRIP z.B. angenommen, dass es für Firmen einfacher ist, auch in einer peripheren Lage ein Werk aufzumachen. Auch dort wurde berücksichtigt, dass dies möglich sein soll. Daran sollte man als Landrat denken und entsprechend handeln. Seine Fraktion hatte damals an die Randregionen gedacht und diese Möglichkeiten klar unterstützt.

Regierungsrätin **Sabine Pegoraro** (FDP) bittet, das Postulat abzuschreiben. Wie gehört, besteht bereits eine Strategie für die Entwicklungen der Regionen. Dabei handelt es sich einerseits um den Kantonalen Richtplan, andererseits um den VAGS (Verfassungsauftrag Gemeinde stärken),

der mit verschiedenen Teilprojekten umgesetzt wird. Das wichtigste Teilprojekt in diesem Bereich ist die VAGS-Raumplanung, wozu bald eine Vorlage zu erwarten ist. Die Instrumente bestehen also, damit sich die Gemeinden zusammenschliessen und vor Ort die Regionen mit geeigneten Massnahmen entwickeln können. Es braucht also keine zusätzliche Strategie des Kantons für Randregionen. Somit ist das Postulat geprüft, es wurde berichtet und kann abgeschrieben werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 50:23 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2017/015 abgeschrieben.

---